

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Büssow, ich darf Ihnen noch einmal das Wort erteilen.

Abgeordneter Büssow (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwei Anmerkungen zur Debatte um die Geschäftsordnung!

Es ist natürlich richtig, daß eine Geschäftsordnung - wie es die alte, die in diesem Punkt überhaupt nicht antiquiert ist, auch tut - den Minderheitenschutz regeln muß. Das heißt: Die kleineren Fraktionen müssen sich gegenüber der Mehrheit einbringen können. Auf der anderen Seite muß aber auch beachtet werden, daß die Entscheidungs- und Mehrheitsfähigkeit des Parlaments gewahrt bleiben muß. Daraus folgt: Die Mehrheitsfraktion, die die Regierung trägt, und die Regierung, die das Vertrauen der Mehrheitsfraktion hat, müssen entscheidungsfähig bleiben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

- Sie sehen das immer ein bißchen anders; das ist doch klar. In der umgekehrten Situation würden Sie es wie ich einschätzen. Und so wurde es ja auch in Bonn gesehen. - Die Funktionsfähigkeit des Parlaments muß erhalten bleiben. Sie wissen, daß es durch prozedurale Strukturen, wenn man den Minderheitenschutz in extenso weiter ausbaut, zur Entscheidungsunfähigkeit von Entscheidungsgremien kommen kann. Das wissen Sie doch auch; das müssen wir im Auge behalten.

(B)

"Straffung der Arbeit"? - Ja.

Ein Wort zu Herrn Dr. Vesper. Sie sagen, das Paket dürfe nicht mehr aufgedröseln werden, es solle jetzt zur gesamten Hand verabschiedet werden. - Das geht natürlich nicht. Außerdem haben Sie einen Antrag vorgelegt, der nicht das Ergebnis der Arbeitssitzungen beinhaltet. In 18 Punkten ist der Antrag von diesem Ergebnis abgewichen, auch wenn sie bis auf vier oder fünf nicht alle wesentlicher, sondern redaktioneller Art sind; manchmal ist sogar eine Verbesserung dabei herausgekommen. Aber in 18 Punkten handelt es sich immerhin um Abweichungen. Angesichts dieser Tatsache dürfen Sie aber nicht fordern,

(C)

wir dürften das Paket nicht mehr aufdröseln.

Wir versprechen Ihnen, daß wir die Punkte, die in den Sitzungen der Arbeitsgruppe herausgearbeitet worden sind, durchgehen und überlegen werden, wie wir uns entscheiden können. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Wird weiter das Wort gewünscht? - Offensichtlich nicht. Ich schließe hiermit die Beratung.

Ich lasse über die Überweisung des Antrags Drucksache 11/5000 an den Hauptausschuß abstimmen. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Gesetz zu dem Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein, Körperschaft des öffentlichen Rechts, dem Landesverband der Jüdischen Kultusgemeinden von Westfalen, Körperschaft des öffentlichen Rechts, und der Synagogen-Gemeinde Köln, Körperschaft des öffentlichen Rechts**

(D)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 11/4949

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Landesregierung Herrn Innenminister Dr. Schnoor das Wort.

Innenminister Dr. Schnoor: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 1. Dezember haben wir den Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und den Jüdischen Kultusgemeinden unterzeichnet. Er regelt unsere finanzielle Unterstützung für die Gemeinden, die den heutigen Erfordernissen angepaßt,

(A) (Minister Dr. Schnoor)

mithin deutlich erweitert worden ist und die nun verpflichtende Geltung besitzt.

In diesem Vertrag geht es jedoch um mehr als nur um Finanzierungsfragen. Als Ausdruck des allgemeinen gesellschaftlichen Konsenses mit den jüdischen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes regelt er auch zahlreiche Fragen der Erwachsenenbildung, der Beteiligung am öffentlichen Rundfunk, des Friedhofswesens und des Feiertagsrechts. Diese Bestimmungen dienen zusammen mit der Freundschaftsformel dem Ziel, das jüdische Leben in Nordrhein-Westfalen in seiner ganzen Breite zu fördern. Der Vertrag will deutlich machen, daß das demokratische Deutschland jetzt und in Zukunft auf der Seite der jüdischen Gemeinschaft, auf der Seite unserer jüdischen Bürger steht.

Dieser Vertrag bedarf gemäß Artikel 23 Abs. 2 der Landesverfassung der Zustimmung des Landtags durch ein Gesetz. Artikel 23 regelt das Recht der Kirchenverträge. Artikel 23 Abs. 2 regelt, wie neue Verträge geschlossen werden können. Analog dieser Vorschrift muß in diesem Fall der Gesetzgeber ein Gesetz beschließen. Die einfache Zustimmung, also ohne Gesetz wie bei einem Staatsvertrag, genügt in diesem Falle nicht.

(B)

Dadurch kommt auch zum Ausdruck, welches Gewicht der Verfassungsgeber dem Abschluß eines Vertrages zwischen dem Staat und einer Religionsgemeinschaft beimißt.

Die Entscheidung zum Abschluß des Vertrages, zu dem heute das Gesetz eingebracht wird, ist aus dem Bewußtsein unserer bleibenden geschichtlichen Verantwortung unseren jüdischen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber erwachsen. Die Zeit des staatlich verordneten Terrors im Nationalsozialismus, an dem viele aktiv mitgewirkt, noch mehr geduldet, zugehört haben, ist nicht vergessen und darf auch nicht vergessen werden. Dieser Vertrag, der heute eingebracht wird und zu dem wir ein Gesetz beschließen, ist ein weiterer Schritt auf dem Wege der Verständigung, der Versöhnung und der Zusammenarbeit, ein Schritt auf einem Weg, den die Landesregierung und der ganze Landtag schon seit langem gehen und an dem sie auch in Zukunft unbeirrbar festhalten werden.

(C)

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Der Vertrag ist aber auch deshalb nötig geworden, weil in den vergangenen Jahren die kleinen jüdischen Gemeinden bei uns in Nordrhein-Westfalen ganz beträchtlich gewachsen sind. Dies ist eine Entwicklung, die wir ausdrücklich begrüßen. Etwa 10 000 Juden - die Zahlen sind steigend - haben die Nachfolgestaaten der Sowjetunion verlassen und sind zu uns in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Hierin sehen wir ein Zeichen, ein gutes Zeichen, daß wir auf dem Wege der Vertrauensbildung zwischen Juden und Deutschen doch ein wirkliches Stück vorangekommen sind. Ich möchte hinzufügen: Es ist vielleicht auch so etwas wie eine zweite Chance, die uns Deutschen nach den Jahren des Holocaust gegeben wird.

Durch die Zuwanderung sind die Gemeinden jedoch vor viele neue Aufgaben gestellt, die sie aus eigener Kraft nicht lösen können. Ihre personellen, organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten reichen ohne die im Vertrag zugesicherte Unterstützung nicht aus, um das zu tun, was nun einmal notwendig ist. Daß wir den Vertrag gerade in dieser Zeit unterzeichnet haben und gerade in dieser Zeit jetzt einbringen, das ist ein gutes, deutliches Zeichen, ein Zeichen, zu dem wir alle stehen;

(D)

(Zustimmung bei der SPD)

denn, meine Damen und Herren, seit einem Jahr geschehen schlimme Exzesse gegen Ausländer und Asylbewerber, die auch von antisemitischen Tönen begleitet sind. Ich denke da an den Brandanschlag auf die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen Ende des letzten Jahres, aber auch an die Akte des gezielten Vandalismus, bei denen jüdische Grabstätten geschädigt worden sind.

Meine Damen und Herren, was da geschehen ist, richtet sich nicht nur gegen eine Minderheit in unserer Gesellschaft. Es richtet sich gegen uns alle. Es richtet sich gegen unseren freiheitlich-demokratischen Staat.

(Allgemeiner Beifall)

Wir wollen diesem Treiben nicht tatenlos zuschauen. Das haben wir auch nicht getan. Wir lassen es nicht

(A) (Minister Dr. Schnoor)

zu, daß die Saat von Dummheit und Bosheit noch einmal in unserem Lande aufgeht. Die zahlreichen Lichterketten, mit denen die Menschen ihre Abscheu gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit, gegen Haß und Gewalt zum Ausdruck bringen, beweisen, daß die Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger die richtigen Konsequenzen aus dem dunklen Kapitel unserer Vergangenheit gezogen hat und daß sie bereit ist, auf dem Wege mitzugehen, den wir auch mit diesem Vertrag als konsequente Fortsetzung unserer bisherigen Politik verfolgen.

Meine Damen und Herren, ich wünsche mir, daß sich die Hoffnungen, die sich mit diesem Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und den jüdischen Kultusgemeinden verbinden, erfüllen werden und daß damit ein weiteres sichtbares Zeichen auf dem Wege eines vertrauensvollen Miteinanders in eine menschliche und friedliche Zukunft gesetzt wird.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Das Wort hat der Kollege Grätz für die Fraktion der SPD.

(B)

Abgeordneter Grätz\* (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das heute auf der Tagesordnung stehende Gesetz zum Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Jüdischen Gemeinschaft in unserem Lande, das den Charakter eines Staatsvertrages hat, gehört zu den politischen Ereignissen dieser Tage, über die man sich wirklich freuen kann. Mir geht es jedenfalls so.

Meine Damen und Herren, gleichwohl - neben der guten Zukunftsperspektive, die dieser Vertrag der Jüdischen Gemeinschaft und damit in einem wichtigen Aspekt unseres Selbstverständnisses auch unserem Lande bietet - erzwingt ein solcher Gesprächsanlaß den Blick zurück, und Nachdenklichkeit und Trauer können aufkommen. 6 500 jüdische Bürger heute in Nordrhein-Westfalen sind eine zum Teil seit Jahrhunderten hier beheimatete und eine zum Teil in den Nachkriegsjahrzehnten aus allen Himmelsrichtungen nach hier verschlagene kleine Schar. Wir leben mit diesen Menschen gut zusammen. Zahlreiche freund-

(C)

schaftliche Bande sind gewachsen. Gleichzeitig sind die jüdischen Bürger in unserem Lande in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland immer eine doppelte Mahnung, eine Mahnung an die Verbrechen der Nazizeit - was uns diese Verbrechen auf Dauer lehren sollten - und eine Mahnung an die reiche jüdische Geschichte in unserem eigenen Lande. Zu vielen nichtjüdischen Bürgern ist erst zu spät bewußt geworden, wieviel nicht nur wirtschaftlichen, sondern damit noch kulturellen und geistigen Reichtum auch unsere Regionen Menschen jüdischer Herkunft über Jahrhunderte verdankt. Beispielhaft nenne ich nur drei Namen: Heinrich Heine aus Düsseldorf, Moses Hess aus Köln und Else Lasker-Schüler aus Elberfeld, deren Familie aus Lippstadt kam.

Meine Damen und Herren, die Steigerung der Landesmittel für die jüdische Gemeinschaft von 750 000 DM im letzten Jahr auf dann 3,5 Millionen DM im Jahre 1995 ist auch in finanziell schwieriger Zeit angemessen. Es gibt nicht nur Nachholbedarf, sondern durch den Zuzug aus Osteuropa reichen die bisherigen Angebote und Einrichtungen auch nicht mehr aus. Ich begrüße, daß in den letzten Jahren jüdische Menschen - auch und gerade jüngeren Menschen - aus Osteuropa zu uns kommen, zumal sich bei ihnen nicht die schwierigen Probleme ergeben, die bei den sonstigen Zuwanderungsströmen nach Deutschland entstehen.

(D)

Zum einen ist es bisher kein Problem der Zahl, die wir in unserer eigenen wirtschaftlichen Situation zur Zeit nicht bewältigen könnten, zum anderen können diese Menschen hoffentlich auch an ein Stückchen historische Wurzel anknüpfen, die ihre Vorfahren schon im Mittelalter in Deutschland hatten. Sollte hier und da wieder ein Stück Symbiose entstehen, so denke ich, würden wir davon am meisten profitieren. Entscheidend ist jedoch, meine Damen und Herren, daß Deutschland eine andauernde Mitverantwortung für weite Teile der Judenheit in Osteuropa hat, weil sie am schlimmsten unter dem Naziterror zu leiden hatte.

(Vorsitz: Vizepräsident Schmidt)

Wir sollten für dieses inhaltlich und symbolisch wichtige Vertragswerk auch in der Öffentlichkeit offensiv eintreten. Nur so kann es gelingen, daß die Inhalte

(A) (Grätz [SPD])

des Vertrages und das, was er symbolisiert, auch als geistige Waffen gegen die grenzenlose Dummheit des Antisemitismus eingesetzt werden können, die es ja nicht nur als Randerscheinung immer noch und immer wieder in unserem Lande gibt.

Im Vertragswerk werden regelmäßige Begegnungen zwischen der Jüdischen Gemeinschaft und der Landesregierung festgeschrieben. Meine Damen und Herren, ich möchte anregen, daß der Landtag in Zukunft auch für sich eine solche, möglicherweise jährliche Begegnung anstrebt, zumal die Jüdischen Gemeinden selbst nicht in der Lage sein dürften, so intensive Kontakte zu pflegen, wie dies bei den Kirchen und anderen Organisationen möglich ist.

(Zustimmung des Abgeordneten Trinius [SPD])

In anderen Bereichen ist offenbar kein Nachholbedarf mehr gegeben, insbesondere in den im Vertrag angesprochenen Rundfunkgremien, wo ich persönlich die Zusammenarbeit mit den Vertretern der Jüdischen Kultusgemeinden in der ARD und im ZDF immer als sehr fruchtbar empfunden habe. Dies gilt besonders für meine langjährige Zusammenarbeit mit Herrn Ignaz Bubis.

(B) Ich wünsche von Herzen, meine Damen und Herren, daß dieses Vertragswerk einen Beitrag dazu leisten möge, daß die wieder zurückgekehrten und die zu uns kommenden jüdischen Menschen ein weiteres Stück Ungewißheit ablegen können und daß sie Deutschland und insbesondere Nordrhein-Westfalen auch als ihre Heimat annehmen können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Grätz. - Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Klose das Wort.

Abgeordneter Dr. Klose (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, mit dem dieser Landtag um Zustimmung zu dem Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und

(C)

der Jüdischen Gemeinschaft in Nordrhein-Westfalen, vertreten durch die im Titel des Vertrages genannten Körperschaften, geboten wird.

Die CDU-Fraktion wird diesem Vertrag zustimmen.

Die Beziehungen zwischen der Jüdischen Gemeinschaft und dem Land Nordrhein-Westfalen werden erstmals auf eine vertragliche Grundlage gestellt. Der Wortlaut des Vertrages ist schlicht. Es geht im wesentlichen um die finanzielle Sicherung der Jüdischen Gemeinden oder, wie der Vertrag richtiger sagt, der Jüdischen Gemeinschaft in Nordrhein-Westfalen. Was bisher freiwillig geleistet wurde, wird jetzt rechtlich bindend, verpflichtend.

Dafür gibt es aktuelle Gründe. Aus den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, kommen Menschen zu uns, die Angst vor einem neu aufbrechendem Antisemitismus haben. Sie kommen nach Deutschland und erwarten Hilfe und Betreuung der Jüdischen Gemeinschaft, die diese Betreuung aus eigenen Mitteln selbst nicht leisten kann und fragt, wie der Staat, und zwar auf Dauer, gesicherte finanzielle Förderung gewähren kann.

(D) Daß im Jahre 1993 alles auf eine vertragliche Grundlage gestellt werden soll, ist deshalb richtig und konsequent. Trotz allem fragen wir uns - vermutlich nicht nur in der CDU-Fraktion -, warum so spät das geschieht, was im Lande Hessen mit dem dort geschlossenen Vertrag bereits 1986 möglich war.

Aber es geht hier nicht darum, nachzurechnen. Es geht überhaupt nicht nur um das Geld, über das in diesem Vertrag Regelungen getroffen werden. Vielmehr geht es auch um ein Stück Bewahrung unserer eigenen deutschen Geschichte, um einen Schritt auf dem Wege zum Frieden und zur Gemeinschaft, zur verbindlichen Gestaltung humaner Lebensbedingungen.

Der Wortlaut des Vertrages weist auf die besondere geschichtliche Verantwortung des deutschen Volkes für das jüdische Leben in der Bundesrepublik Deutschland hin. Diese Fassung ist der Versuch, die Erinnerung an sechs Millionen jüdischer Menschen, die ermordet worden sind, in die nüchtern-farblose

(A) (Dr. Klose [CDU])

Sprache eines Vertrages zu fassen. Das muß man hierbei bedenken, weil die brutale Wirklichkeit des verbrecherischen Geschehens unserer eigenen historischen Vergangenheit nicht aus dem Bewußtsein unserer und der nachfolgenden Generationen verdrängt werden darf.

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat den Weg des Staatsvertrages gewählt - eines Instruments, mit dem ein demokratischer Rechtsstaat die Gestaltung so wichtiger Institutionen unserer Gesellschaft regelt: nicht obrigkeitsstaatlich, durch Staatsakt, durch Anordnung, sondern durch ein Abkommen, wie es unter Partnern der richtige Weg ist.

Ich halte dies deshalb für bemerkenswert, weil dieses Instrument der Gestaltung der Beziehungen zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften bisher auf die großen Kirchen in Deutschland - die römisch-katholische Kirche, die evangelischen Landeskirchen - beschränkt war. Ich glaube, daß der Weg, dieses Instrument auf die Jüdische Gemeinschaft auszudehnen, richtig ist, und zwar deshalb, weil wir uns nicht nur die Vergangenheit in Erinnerung rufen müssen, sondern weil es auch eine richtungweisende Weg in die Zukunft ist.

(B)

Für die Vergangenheit gilt das, weil es in diesem Lande ja kaum eine Jüdische Gemeinde, auch keine Synagoge gegeben hat, die das nationalsozialistische Geschehen überlebt hat. Die Tafeln, die in Yad Vashem auch an die Gemeinden in unserem Lande erinnern, sind der sichtbare Ausdruck dafür, daß wir hier eine große Verpflichtung für die Jüdischen Gemeinden haben, die in diesem Lande einstmals ein blühendes Leben hatten.

Aber es ist nicht nur die Verantwortung für diese Jüdischen Gemeinden in unserem Lande, das Bewahren, das Gedenken an die Opfer eines totalitären Machtanspruchs, nicht nur die Erinnerung an eine grausame Vergangenheit, sondern uns wird auch wieder klar, daß die Juden in Deutschland seit mehr als tausend Jahren einen unvergeßlichen, unverzichtbaren Beitrag zur deutschen und europäischen Kulturgeschichte geleistet haben.

Herr Kollege Grätz nannte einige Namen. Ich darf Heinrich Heine noch einmal nennen - als einen Mann,

(C)

der hier in Düsseldorf geboren worden ist -; ich darf Moses Mendelssohn aus Berlin erwähnen - Persönlichkeiten, die für Aufklärung, für Freiheit in Deutschland stehen, die man nicht vergessen darf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie stehen für viele. Ich glaube, ohne die Juden in Deutschland wäre der deutsche Beitrag zur europäischen Kulturgeschichte so nicht geleistet worden.

(Allgemeiner Beifall)

Durch diesen Vertrag gewinnen wir alle. Wir zahlen da nicht nur etwas, wozu wir uns verpflichtet fühlen. Wir gewinnen etwas - alle.

Ich habe in den letzten Jahren bei Besuchen auch in der jüdischen Gemeinde in Düsseldorf gerade bei Besuchern aus Israel so manches kritische Wort, so manche kritische Frage gehört: Warum können Juden eigentlich noch in Deutschland, nach allem, was geschehen ist, leben? Was haben sie hier überhaupt noch zu suchen?

In den letzten Monaten ist - so vermute ich und so weiß ich - diese Frage noch drängender geworden, als auf deutschen Straßen und Plätzen neonazistische Symbole wieder zu sehen waren. Manch einer wird aus Israel angerufen worden sein mit der Aufforderung: Pack deine Koffer, komm hierher; da bist du sicher!

(D)

Meine Damen und Herren, wenn man das ahnt, muß man allen jüdischen Bürgern in unserem Lande sehr, sehr dankbar dafür sein, daß sie sich entschlossen haben - und für ihre Kinder mit -, nach 1945 wieder in Deutschland mit allen anderen zusammenzuleben.

(Allgemeiner Beifall)

Ich möchte auch hier einmal Dank dafür aussprechen, daß sie sich gerade in den letzten Monaten - dazu gehört auch der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignaz Bubis - nicht nur in Deutschland - in Israel, in Amerika - vor diesen deutschen demokratischen Rechtsstaat gestellt haben.

(Beifall bei CDU, SPD und F.D.P.)

(A) (Dr. Klose [CDU])

Deshalb ist dieser Vertrag eben nicht nur ein Finanzierungsvertrag. Er ist ein Dokument eines neuen Verhältnisses zwischen der Jüdischen Gemeinschaft und dem Land Nordrhein-Westfalen. Lassen Sie mich hinzufügen: Es wäre schrecklich, wenn die wieder aufgebauten Synagogen eines Tages nur noch Museen wären, in die man zwar gerne hineingeht, aber in denen kein geistliches Leben mehr stattfinden würde. Das müssen wir mit unserem bescheidenen Beitrag hüten und bewahren.

Deshalb wird die CDU-Fraktion dem Geist und dem Inhalt dieses Vertrages aus voller Überzeugung zustimmen.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Klose. - Für die F.D.P.-Fraktion spricht der Abgeordnete Dorn.

Abgeordneter Dorn\* (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir begrüßen es, daß die Landesregierung endlich das gesetzlich regeln will, was in anderen Bundesländern schon längst erledigt ist.

(B)

Die Beratung eines solchen Gesetzes, auf deren materiellen Inhalt meine Vorredner ja schon eingegangen sind, sollte aber nicht nur die materiellen Fragen umfassen. Deshalb will ich etwas zum Hintergrund dieses wichtigen Themas sagen.

Das Verhältnis zwischen den Angehörigen der jüdischen Glaubensgemeinschaft und dem großen Teil der Nichtjuden in unserem Lande ist - Gott sei Dank - spannungsfrei. Das war bei uns und in anderen Staaten in der Vergangenheit nicht immer so.

Die Geschichte der Juden in Deutschland zeigt uns Licht und Schatten unseres ganzen Lebens: millionenfachen Tod und die späte Erkenntnis einer tragischen ideologischen Verblendung.

Daraus ergibt sich für uns, daß wir nicht vergessen dürfen, was geschah. Mit ihrem Herrschaftsanspruch zerstörten die Machthaber kulturelle Entwicklungen,

(C)

die große Bedeutung für das Zusammenleben der Menschen hatten. Sie verbrannten erst die Bücher, dann vernichteten sie die Synagogen, und zum Schluß brachten sie die Menschen jüdischen Glaubens in die Vernichtungsöfen. Der Haß gab den Befehl, und die Liebe starb daran.

Das sind die Tage, an denen wir fragen: Hat uns der Tod nichts mehr zu sagen? Unser Leben geht vorüber wie die Spur einer Wolke, und wir erkennen: Man kann an einem Tag, in einer Stunde so viele Tode sterben. Aber diese Erkenntnis führt uns auch reifer zu uns selbst zurück.

Drohende Wolken der Gewalt liegen auch jetzt wieder über der Erde. Wir fragen uns: Bleibt der Friede ein unerfüllbarer Traum? Dabei geht es nicht nur um den Frieden zwischen den Völkern, sondern auch um die Versöhnung der Religionen. Beides ist ohne Kenntnis, Anerkenntnis und Toleranz nicht erreichbar. Auf den Trümmern der zerstörten Synagogen entstehen neue. Der in ihnen wohnende Geist soll den Menschen dienen, und ihr Entstehen ermahnt uns, in Frieden miteinander zu leben.

In Anbetracht mancher Exzesse, die wir in den letzten Monaten erlebten und die ihren schändlichen Höhepunkt in der Zerstörung von jüdischen Friedhöfen fanden, gibt es für alle, denen das Wort Menschlichkeit keine leere Worthülse ist, eine Verpflichtung: Die Zeit des Schweigens ist vorbei. Die Zeit zu reden und zu handeln ist gekommen.

(D)

Wir sind alle Kinder dieser Erde. Darum muß die Menschheit dem Wahnsinn der Unmenschlichkeit ein Ende machen. Jeder von uns ist für die Erhaltung der Menschenwürde verantwortlich. Jeder ist allein verantwortlich für sein Handeln, sein Reden und sein Schreiben.

Mit den Erfahrungen der Vergangenheit müssen wir für die Menschen auch in unserem Lande eine neue, friedliche Zukunft sichern.

Martin Luther King sah das so:

Gemeinsam müssen wir lernen, miteinander als Brüder zu leben, oder wir werden gemeinsam gezwungen sein, als Toren zu sterben.

(A) (Dorn [F.D.P.]

Ich danke Ihnen.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Dorn. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Schumann das Wort.

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine der schlimmen Folgen der rassistischen und antisemitischen Pogrome der letzten Zeit: Juden in Deutschland haben wieder Angst; alte Traumata brechen auf; manche fühlen sich ihres Lebens nicht mehr sicher - trotz der Tatsache, daß die Polizei sagt, sie werden objektiv gut geschützt. Manche von ihnen, die der NS-Vernichtung entkommen konnten, haben sich in der letzten Zeit schon wieder die verzweifelte Frage gestellt: Bleiben oder gehen? Seinen dramatischsten Ausdruck vielleicht fand diese Situation in dem Aufruf des Schriftstellers Ralph Giordano, der die Juden zur Selbstverteidigung aufrief.

(B) Vor diesem für Deutsche beschämenden Hintergrund kommt der Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein, dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen und der Synagogen-Gemeinde Köln wie ein erlösendes Zeichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieses Zeichen bestätigt: Die deutsche Politik weiß um ihre Verantwortung gegenüber Juden und Jüdinnen und den Gemeinden.

Nach dem Vertrag und dem entsprechenden Gesetz soll das, was bisher vom Land Nordrhein-Westfalen zur Unterstützung des religiösen und kulturellen Lebens der Jüdischen Gemeinden freiwillig geleistet wurde, auf eine vertragliche und damit verlässliche Basis gestellt werden.

Verlässlichkeit, daß auf uns Verlaß ist, darum geht es in dieser Frage, darum geht es im Zusammenleben zwischen Juden und Jüdinnen in Deutschland und den Deutschen.

(C)

Verlässlichkeit ist in einer Zeit gefragt, wo der Spuk der Nazis wieder zum Leben erweckt werden konnte. Die Kraft eines politischen Zeichens hängt, wie wir alle wissen, davon ab, daß es nicht singular bleibt und daß ihm nicht gleichzeitig andere Zeichen durch die Politik entgegenwirken.

Ich will - und kann das jetzt nicht verhindern - aus meiner persönlichen Wahrnehmung sagen, welche gleichzeitigen widersprüchlichen Zeichen möglicherweise nicht nur bei mir Irritationen auslösen. Ich frage die Landesregierung - der Herr Ministerpräsident ist jetzt nicht hier -, wieso Herr Hermann Josef Abs im Dezember 1992 mit dem höchsten Preis, den das Land Nordrhein-Westfalen zu vergeben hat, ausgezeichnet wurde.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE] - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Sie lernen es nie!)

Wenn er ausgezeichnet werden mußte, warum erwähnte der Ministerpräsident in seiner Laudatio nicht die ganze Vita von Hermann Josef Abs? Jeder Mensch kann sich ändern und kann ganz andere Entwicklungen nehmen. Aber wir dürfen nicht Geschichte verdrängen. Hermann Josef Abs war nicht nur Gestaltender nach 1945, so wie das der Ministerpräsident nahelegte, sondern auch im Aufsichtsrat für die IG Farben, die nicht zu Unrecht "IG Auschwitz" genannt wird.

(D)

(Abgeordnete Woldering [CDU]: Mein Gott!)

Oder der Fall Finkelgrün, der uns nachfragen läßt, warum kein einziger Mord in der kleinen Festung Theresienstadt in der Nachkriegszeit zur Anklage kam, und wo wir die Landesregierung fragen, warum nicht der von Peter Finkelgrün angezeigte und mit Zeugenaussagen belegte Mord an seinem Großvater Martin Finkelgrün in der kleinen Festung Theresienstadt zur Anklage kam, warum der Justizminister dieses Landes nicht tätig wurde, als er feststellte, daß die zuständige Stelle diesen Fall einfach einstellte.

Verlässlichkeit - um die geht es. Und das Eis, auf dem wir uns manchmal bewegen, ist dünn und brüchig. Mein Anspruch, unser Anspruch an die Politik ist heute, nicht nur stimmige, viele Zeichen zu setzen,

(A) (Schumann [GRÜNE])

sondern ein gesellschaftliches Umfeld zu schaffen, in dem die Wirkungszusammenhänge und die Ursachen von rassistischer Gewalt und Antisemitismus mit allen politischen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, bekämpft werden. Passiert das nicht, können auch die besten Zeichen, die die Politik setzt, nichts bewirken. Das sage ich im Hinblick auf die Wahrnehmungen, die jetzt an der Tagesordnung sind, ohne Rückgriff auf die Vergangenheit, wie das Herr Kollege Dorn gemacht hat - das haben Sie gut dargestellt, dazu brauche ich mich nicht mehr zu äußern.

Zu dem Vertragstext selbst habe ich nichts hinzuzufügen; denn er ist von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und den Gemeinden ausgehandelt und diskutiert worden. Ich sehe mich hier nicht als jemand, der nachverhandeln muß, sondern möchte voll und ganz für meine Fraktion und mit allen anderen Fraktionen in diesem Hause dafür sorgen, daß dieser Vertrag mit Leben gefüllt wird im Interesse eines friedlichen Zusammenlebens zwischen Juden, Jüdinnen und allen anderen hier in Deutschland. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

(B) **Vizepräsident Schmidt:** Schönen Dank, Frau Kollegin Schumann. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt 3 liegen mir nicht vor. Ich **schließe die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung über die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Hauptausschuß - federführend - und an unseren Kulturausschuß.** Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Wir haben einstimmig die Überweisung beschlossen. Vielen Dank.

**Tagesordnungspunkt 4 ist aufgerufen:**

**Fremdsprachen in der Berufsausbildung:** Landesregierung soll Empfehlungen der deutschen Wirtschaft Folge leisten

**Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/4683**

Ich **eröffne die Beratung** und erteile zunächst für die antragstellende Fraktion dem Abgeordneten Dr. Horn das Wort.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

**Abgeordneter Dr. Horn (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eines der herausragenden Kennzeichen unserer Zeit, daß die Verflechtungen zwischen Völkern, Staaten und den Wirtschaftsregionen dieser Erde immer dichter und intensiver werden.

In Europa haben wir in der Europäischen Gemeinschaft diesem Prozeß, beginnend mit den 50er Jahren, schon sehr feste institutionelle Formen gegeben. Der Prozeß wird sich über den Binnenmarkt hinaus bis hin zur Politischen Union und zur Währungsgemeinschaft noch fortsetzen. Das bedeutet aber auch, daß sich die persönliche und berufliche Orientierung des einzelnen Bürgers weitet, sich weiten muß.

Waren es früher stärker touristische und kulturelle Interessen, die über die Grenzen des eigenen Landes hinausschauen ließen, so sind heute die wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Faktoren von steigendem Gewicht.

Die Angehörigen zahlenmäßig kleinerer Völker, insbesondere wenn sie eine selbständige Sprachgemeinschaft bilden, tragen schon seit langem der Notwendigkeit Rechnung, möglichst eine oder sogar mehrere Fremdsprachen zu beherrschen, wie wir in unserer europäischen Nachbarschaft feststellen können. Auch die Deutschen sehen sich nun verstärkt dieser Notwendigkeit gegenüber, obwohl die deutschsprachige Gemeinschaft in Mitteleuropa die Zahl von mehr als 90 Millionen Menschen erreicht.

Vergessen wir nicht: Die EG-Bürger können in Zukunft in der ganzen Gemeinschaft leben, lernen und arbeiten. Doch dieses Recht allein ist wenig wert, wenn es nicht von Angeboten und Hilfen begleitet wird, die die Bürger der Gemeinschaft befähigen, ihre

(C)

(D)